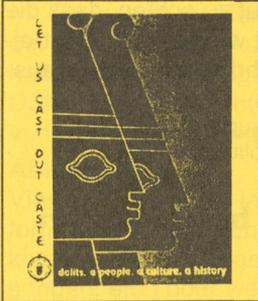


INFO: Dalit Solidarität

No.9



Dalit-Diskriminierung auf der Tagesordnung der Menschenrechtskonferenz (MRK) im März

Das „Internationale Dalit Solidaritäts Netzwerk“ und die Plattform „Dalit Solidarität in Deutschland“ versucht seit der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus (WCAR) die Frage der „**Diskriminierung aufgrund von Arbeit und Herkunft**“ (**kastenbedingte Diskriminierung**) als ein Menschenrechtsproblem zu einem Anliegen der internationalen Staatengemeinschaft zu machen. Bisher haben sich nach intensiver Lobbyarbeit der Dalit-Netzwerke v.a. die UN-Expertengremien der „Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights“ (über 3 Arbeitspapiere) und das „Committee on the Elimination of Racial Discrimination“ (CERD) mit seinen „General Recommendations“ zum Vorkommen dieser Diskriminierungsformen (vgl.dazu Dalit-Info No. 7) mit der (Dalit-) Frage beschäftigt.

Ein nächster **wichtiger Meilenstein** für die Dalitfrage ist jetzt mit der **bevorstehenden Sitzung der Menschenrechtskommission in Genf** in Sicht. Im August 2004 hatten 2 Mitglieder (Eide und Yokota) das dritte Arbeitspapier vorgelegt, das zusammengefasst folgende Empfehlungen enthält:

- *That the Sub-Commission appoint a Special Rapporteur with the task of preparing a study on the elimination of discrimination based on work and descent, focusing on the finalization of a draft set of principles and guidelines on the elimination of discrimination based on work and descent, addressing all relevant actors - not only national or federal Governments but also local authorities as well as private sectors such as corporations and other business entities, schools, religious institutions and the media.*
- *That the Special Rapporteur be authorized to request the High Commissioner for Human Rights to transmit a questionnaire elaborated by the Special Rapporteur to Governments, national human rights institutions, and non-governmental organizations to solicit information required in connection with the study, in particular concerning legislative, judicial, administrative and educational measures taken to address discrimination based on work and descent.*
- *That the study and the preparation of the draft principles and guidelines be undertaken in cooperation and collaboration with relevant international human rights treaty bodies and United Nations organs, agencies and mandates, inter alia, the Committee on the Elimination of Racial Discrimination, the*

Special Rapporteur on contemporary forms of racism, the International Labour Organization and the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, and in consultation with representatives of affected communities, and taking full account of the contents of the CERD's General Recommendation XXIX.

Diese Empfehlungen wurden vollinhaltlich in eine Resolution der Sub-Commission aufgenommen, die nun der Menschenrechtskonferenz für ihre Sitzung im März/April zur Verabschiedung vorliegt. Das Wichtigste an diesem Vorgang ist die Tatsache, dass sich nun nicht mehr nur Expertengremien mit dieser Frage beschäftigen, sondern eine rein politisch-diplomatische Versammlung darüber entscheidet. Würde diese Resolution von der MRK angenommen, wären die betroffenen Staaten, also v.a. Indien, zum ersten Male mit einer Aufforderung der Staatengemeinschaft konfrontiert, etwas Wirkungsvolles gegen die kastenbedingte Diskriminierung zu tun! Entsprechend groß war auch der Druck, den die indische Vertretung in der Unterkommission gegen die Resolution gemacht hat!

Aber auch das internationale Netzwerk war nicht untätig und hat versucht, v.a. die Staaten der Europäischen Union, die derzeit in der Menschenrechtskommission vertreten sind (Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Niederlande und Großbritannien), für eine Unterstützung der Resolution zu gewinnen. Dies scheint auch gelungen zu sein – besonders die Vertretung Deutschlands hat signalisiert, aktiv für eine positive Entscheidung im Gesamtgremium, in dem 53 Staaten vertreten sind, zu werben. Bisher war die Unterstützung der EU-Staaten eher passiv!

Im Europaparlament wurde bereits Ende Februar, ebenfalls nach intensiver Lobbyarbeit der Dalit-Netzwerke, folgende EntschlieÙung verabschiedet, die auch die Europäische Kommission zur Unterstützung auffordert,:

"Calls on the Presidency, the Council and the Member States to give unequivocal support to the draft resolution from the Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights (Sub-Commission resolution 2004/17) to the 61st session of the Commission on Human Rights proposing a study on discrimination based on work and descent, and the development of a draft set of principles and guidelines for the elimination of caste based discrimination in a comprehensive response to a massive and systematic human rights problem that affect the lives of an estimated 260 million people around the world"

Die Mauern zwischen den Kasten - Schwerwiegende Diskriminierungen von Dalits bei den Tsunami - Hilfsmaßnahmen in Indien

Während sich die öffentliche Aufmerksamkeit vorwiegend auf die Situation der Fischer entlang der Küsten von Tamil Nadu, Andhra Pradesh und Kerala richtet, spielt sich, bislang noch weitgehend unbeachtet, bei den Tsunami - Hilfsmaßnahmen ein neues Drama ab. Beobachtungsteams von Nichtregierungsorganisationen und Medien berichten von schwerwiegenden Diskriminierungen der in der hinduistischen Kastenordnung höher stehenden Kastengruppen der Fischer gegenüber den Dalit. Danach wird den Dalit vielerorts der Zutritt zu Hilfscamps verweigert, sie werden bei der Verteilung der Hilfsgüter benachteiligt, ihnen wird die Benutzung der sanitären Einrichtungen untersagt.

Die Diskriminierungen betreffen sowohl die inländische wie auch die internationale Hilfe. Dalit - Organisationen befürchten, dass es, wie nach dem Erdbeben in Gujarat im Jahr 2001, zu massivem Mißbrauch der Hilfslieferungen entlang der Kastengrenzen kommen könnte. Dalit - Netzwerke und Menschenrechtsorganisationen in Indien wollen nun ihr Monitoring in allen Gebieten, in denen Dalit von der Flutkatastrophe betroffen sind, intensivieren.

Das "Internationale Dalit Solidaritätsnetzwerk" (IDSN), dem auch die deutsche Plattform "Dalit Solidarität in Deutschland" (DSiD) angehört, macht in einer Presseerklärung vom 11. Januar darauf aufmerksam, dass auch Regierungsstellen an der Diskriminierung beteiligt sind: So würden z.B. im Nagapattinam - District im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, wo der Verlust von über 5.000 Menschenleben beklagt wird, den Dalit Lebensmittel, Wasser und Schutz verweigert sowie die Registrierung von Vermissten und Verstorbenen aus Dalit - Kasten von offizieller Seite verzögert und Gelder für die Hinterbliebenen nicht ausgezahlt. Ein weiteres Problem sei die Situation der sanitären Helfer für die Beseitigung der Exkremente und die Bergung und Beerdigung der Toten. Sie werden nur ungenügend vor Infektionen geschützt und nicht ausreichend mit Lebensmitteln und einer Unterkunft versorgt. Die "Erwartung", dass ausschließlich Dalit diese Arbeiten ausführen, die als unwürdig und "verunreinigend" für andere Kastengruppen betrachtet werden, verstärke das Gefühl der Diskriminierung noch.

Während der Wiederaufbau der Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung, der Straßen und Kommunikationsleitungen in den Fischer-Dörfern begonnen hat, werden die Dalit - Wohngebiete von diesen Maßnahmen noch weitgehend ausgeschlossen. Wegen der schweren Diskriminierungen haben Nichtregierungsorganisationen im Tarangambadi - District (Tamil Nadu) mittlerweile eigene Camps für Dalit eingerichtet. Die DSiD fordert v.a. die Hilfswerke, aber auch die vielen kommunalen und privaten Initiativen auf, bei ihren

Hilfsmaßnahmen besonders darauf zu achten, dass die Dalit in keiner Weise diskriminiert werden und nicht allein sie die schmutzigen und gefährlichen Arbeiten ausführen müssen.

Weitere Informationen: www.idsn.org/Tsunamiappeal.doc
(Jürgen Weber – aus: Entwicklungspolitik, 24.1.2005)

Quotenregelung für Dalits bei deutschen Unternehmen in Indien?

Mit der wirtschaftlichen Öffnung und Liberalisierung in Indien kam es wegen einer starken Privatisierung von Betrieben zu einem zunehmenden Rückzug staatlicher Unternehmen aus der Wirtschaft sowie zu einer deutlichen Zurücknahme staatlicher Steuerungskompetenz und -willigkeit. Infolgedessen verliert die von der indischen Regierung schon in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts eingeführte Quotenregelung für Dalits in staatlichen Unternehmen erheblich an Bedeutung, was die Beschäftigungschancen dieser diskriminierten Gruppe stark einschränkt bzw. in vielen Fällen unmöglich macht (schon in den Jahren 1992 bis 97 waren es allein auf Bundesebene ca. 1,1 Mio. Arbeitsplätze). Dies kann nur ausgeglichen werden, indem den Privatunternehmen ein erhöhtes Maß an sozialer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, insbesondere aber bezüglich der Unterprivilegierten wie Dalits oder Adivasis, abverlangt wird. Das bedeutet aber auch - positiv gewendet - dass global agierende und sozial bewusste Unternehmen in Indien einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Kastendiskriminierung und zur gesellschaftlichen Eingliederung dieser bisher sehr stark benachteiligten und ausgegrenzten „Minderheiten“ leisten und auf diese Weise mehr soziale Gerechtigkeit fördern können. Vor diesem Hintergrund schrieb die Plattform „Dalit Solidarität in Deutschland“ (DSiD) Anfang Dezember letzten Jahres 32 große und mittlere deutsche, österreichische und schweizerische Unternehmen an, welche Mitglied im Global Compact sind und gleichzeitig einen Sitz (Tochterunternehmen, Filiale, Zweigwerk, Niederlassung) in Indien haben. In diesem Brief wurde die Problematik der Diskriminierung der Dalits in der indischen Gesellschaft sowie deren aktuelle Arbeitssituation im Rahmen der zunehmenden Privatisierung beschrieben. Des Weiteren bat DSiD diese Unternehmen um eine Stellungnahme zum Thema der Quotenpolitik für Dalits und fragte, ob ihre Niederlassung auf freiwilliger Basis eine Stellenreservierungspolitik, wie sie vom indischen Staat entwickelt worden ist, übernehmen könnte und/oder ob sie andere Programme zur gezielten Förderung von Dalits betrieben.

Das Anschreiben der Plattform dient einerseits dazu, einen Überblick über den generellen Standpunkt der Unternehmen zu diesem Thema zu erhalten, andererseits soll aber besonders in den Unternehmen selbst auf das Thema der Diskriminierung der Dalits aufmerksam gemacht und eine Diskussion über eine Quotenpolitik initiiert werden.

Im Folgenden werden erste Ergebnisse der Befragung der Unternehmen kurz dargestellt. Bis Mitte Februar haben 18 von insgesamt 32 Unternehmen auf die DSiD-Anfrage geantwortet. Die Reaktionen können vorläufig in vier Kategorien unterteilt werden:

Ablehnung:

Vier Unternehmen lehnten die Überlegung der Plattform aus Kostengründen (schwierige finanzielle Lage, keinerlei Einstellungen in der nächsten Zeit, Entlassungen, etc.) oder wegen mangelnden Interesses ab.

Offene Haltung/Einstellung und Weiterleitung der Verantwortlichkeit nach Indien:

10 Unternehmen gaben an, dass sie für diesen Vorstoß offen sind, allerdings keine Befugnisse über die Einstellungspolitik ihres Partnerunternehmens in Indien hätten bzw. sich dort nicht einmischen wollten. Für die Einstellungspolitik sei deshalb die dortige Niederlassung alleine verantwortlich, da sie mit den lokalen und kulturellen Gegebenheiten am besten vertraut sei. Nicht wenige Firmen verwiesen darauf, dass sie eine klare Antidiskriminierungspolitik betrieben, weswegen sie auch zurückhaltend auf eine sogenannte positive Diskriminierung reagierten. Das einzige Einstellungskriterium sei die Qualifikation der Bewerber.

Befürwortung:

Ein Unternehmen erklärte, dass es die Kriterien der Stellenreservierungspolitik, wie sie DSiD gefordert hatte, schon seit einiger Zeit verfolge und umsetze. Hier bestünde sogar die Möglichkeit, das Unternehmen in Indien zu besuchen. Ein anderes Unternehmen gab an, bereits einige sozial randständige Gruppen und Schulen zu unterstützen, allerdings befinde man sich gerade in einer schwierigen Zeit, weswegen man massiv Kosten einsparen müsse und somit keine weitere spezielle Unterstützung gewähren könne.

Keine Niederlassung in Indien:

Aufgrund missverständlicher Informationen wurden zwei Unternehmen angeschrieben, die keine Niederlassung in Indien haben.

In Anbetracht dieses prekären Themas ist aus Sicht des DSiD die Rücklaufquote durchaus positiv zu bewerten, ebenso die Tatsache, dass bei fast allen Unternehmen die Geschäftsleitung selbst geantwortet hat sowie deren insgesamt recht offene Haltung. Dennoch muss auch festgestellt werden, dass bei der konkreten Frage der Quotenregelung der Großteil der Unternehmen sich sehr zurückhaltend äußerte und meistens auf ihre indischen Partner verwies. Dennoch waren diese Unternehmen meist bereit der Plattform die Kontaktdaten der indischen Kollegen bzw. der Verantwortlichen vor Ort zu geben. Der nächste Schritt von DSiD wird also sein, die Diskussion mit den indischen Tochter- und Partnerunternehmen aufzunehmen und dafür aber auch die aktive Unterstützung der deutschen Muttergesellschaften und Partner zu gewinnen.

(Axel Müller – Februar 05)

DSiD auf dem Kirchentag in Hannover

Wie schon beim letzten, dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin, wird die Plattform DSiD auch dieses Jahr auf diesem wichtigen Ereignis der Zivilgesellschaft vertreten sein. In guter Tradition wird es **in Hannover vom 25. bis 29. Mai** wieder einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten geben – dieses Mal zusammen mit der Eine-Welt-Gruppe Öflingen, die ein kleines Slum-Projekt in Gujarat unterstützt. Von dort wird auch die „**Cultural Troup**“ kommen, die versuchen wird, mit der Musik der dortigen Dalits die Aufmerksamkeit der Besucher zu gewinnen und ihnen mit kleinen Straßentheaterszenen einen Einblick in ihre Lebenswirklichkeit, die von Ausbeutung und Diskriminierung geprägt ist, zu geben.

Die Mitgliedsorganisationen der Plattform werden die Möglichkeit haben, bei einer Tasse guten indischen Tees den Interessierten ihre Dalit-Arbeit vorzustellen und die Möglichkeiten konkreter Basisarbeit sowie der internationalen Lobby-Arbeit zu diskutieren. Jene, die etwas entspannen wollen, können sich ihre Hände oder Arme mit Henna-Mustern schmücken lassen. In der Themenhalle „Gewalt überwinden“ wird eine **Ausstellung von Dalit-Kunstwerken** (ergänzt durch Kurzgeschichten und Gedichten von Dalit-Autoren) zu sehen sein. Diese Werke zeigen, dass die Dalits mit Macht aus der Rolle der bloßen Opfer herauskommen, ihr Leiden und dessen Ursachen benennen und ganz konkret an deren Überwindung arbeiten wollen.

Jahresversammlung der Plattform in Bonn (16. und 17. April)

Die Jahresversammlung der Plattform DSiD wird dieses Jahr in Bonn stattfinden und sich schwerpunktmäßig mit der Position Ambedkars zum Hinduismus beschäftigen. Dieser hatte sich im Laufe seiner Beschäftigung mit dieser Religion immer mehr „radikalisiert“ und war schließlich zu der Überzeugung gekommen, dass die Dalits nur über die Beseitigung des Hinduismus ihre Menschenwürde zurückgewinnen und eine gesellschaftliche Chancengleichheit erreichen können. Was bedeutet diese Position für Überlegungen zu einem interreligiösen Dialog? Ist ein solcher von dieser Position aus überhaupt denkbar? Wäre das Verschwinden des ‚Kastendenkens‘ ein ausreichendes Ziel innerhalb eines solchen Dialogs oder sollen sich die Dalits ganz außerhalb des Hinduismus befreien? Zur Erörterung dieser und ähnlich brisanter Fragen werden neben einigen Mitgliedern der Plattform auch der bekannte indische Jurist und Religionsphilosoph **Baghwan Das** einen Beitrag leisten.

Die Versammlung findet am 16. und 17. April im Haus Venusberg in Bonn statt.

Missionierungsverbot bald auch in Rajasthan?

Die BJP-geführte Regierung des Bundesstaates Rajasthan plant nach einem BBC-Bericht offenbar dem Beispiel dreier anderer Bundesstaaten zu folgen und ein Verbot von Missionierung bzw. von Bekehrungen zu erlassen.

Der Vorstoß ist die Reaktion auf Spannungen zwischen Hindus und einer christlichen Missionsgesellschaft, die Ende Februar ihren Jahreskonvent in einer Kleinstadt, die 250 km von der Landeshauptstadt Jaipur entfernt liegt, abgehalten hat.

Hindunationalisten aus dem Umfeld von Bajrang Dal beschuldigen die Missionsgesellschaft, dass der Konvent auch für Bekehrungen missbraucht worden sei. Sie hatten Straßenkontrollen errichtet, um die Delegierten aus ganz Indien und aus dem Ausland aufzuhalten. Die Landesregierung wirft der Missionsgesellschaft vor, dass die v. a. aus den USA kommenden ausländischen Gäste nur Touristenvisen gehabt hätten, die eine Teilnahme an einer solchen Veranstaltung nicht erlaubten. Vor dem Gelände der Mission war es offenbar zu Handgreiflichkeiten gekommen, im Laufe derer die Hinduaktivisten einige Delegierte nicht nur beleidigt, sondern auch geschlagen haben sollen. Sechs Personen wurden verletzt, als die Polizei auch Zwangsmaßnahmen anwendete, um die Hindunationalisten zu zerstreuen und am Betreten des Grundstücks der Mission zu hindern.

Der Innenminister Rajasthans sagte, die Missionsgesellschaft habe ihr Programm gegenüber den Behörden nicht offengelegt. „Wir werden aber nicht dulden, dass irgendjemand arme und unwissende Menschen zum Religionswechsel animiert“, sagte er.

(Quelle: Council for World Mission, CWM-News 25. 2. 2005)

Grundsteinlegung für Ambedkar-Gedächtnisstätte

Am 1. Dezember 2003 hat der indische Premierminister Vajpayee zusammen mit der Ministerpräsidentin von New Delhi Sheila Dikshit und mehreren Ministern den Grundstein für eine nationale Gedächtnisstätte und ein Museum zu Ehren Dr. Babasaheb Ambedkars gelegt. Der Komplex soll an der Stelle in der Alipur Road in New Delhi entstehen, wo Ambedkar von 1951 bis zu seinem Tod 1956 gewohnt hat. Ambedkars Enkel, Prakash Ambedkar, der dem indischen Unterhaus angehört, war bei der Zeremonie ebenfalls anwesend.

Ambedkar ist der „Architekt“ der indischen Verfassung von 1947 und damit neben Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru wohl der wichtigste Gründungsvater des modernen Indien. Bei seiner Rede sagte Vajpayee unter anderem, dass jene, die für die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit den gleichen Respekt und Verehrung verdienen wie jene, die für die Unabhängigkeit des Landes gekämpft haben. Nach seiner Meinung könne man Gandhi und Ambedkar nicht vergleichen – jeder sei auf seine

Weise ein „Großer“ gewesen. „Während der eine für die Unabhängigkeit des Landes kämpfte, arbeitete der andere hart für soziale Gerechtigkeit. Und deshalb sollte diese Gedächtnisstätte all jene inspirieren, die sich um soziale Gerechtigkeit in ihren jeweiligen Ländern einsetzen“ so Vajpayee weiter. Er hoffe, dass dies eine Pilgerstätte werde, „in der Menschen zusammenkommen und eine Lektion in sozialer Gerechtigkeit lernen.“

Da Ambedkar gegen das unterdrückerische Kastensystem revoltiert habe, das den „Teufelskreis der Sklaverei“ innerhalb Indiens fortsetze, seien seine Ideale einer kasten- und klassenlosen Gesellschaft heute noch so relevant wie zu den Zeiten, als sie artikuliert wurden. „Nach der Unabhängigkeit ging der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung weiter und macht Ambedkars Ideale bis zum heutigen Tag relevant.“

Eine Kuriosität, die so wahrscheinlich nur in Indien möglich ist, sollte in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden: obwohl bei den Feierlichkeiten mehrmals die Hoffnung auf eine baldige Fertigstellung des Gedächtniskomplexes ausgedrückt wurde, mussten die Redner auch bestätigen, dass noch nicht einmal die Grunderwerbsverhandlungen endgültig abgeschlossen sind! Hoffentlich bleibt es da nicht trotz aller Ehrenbezeugungen gegenüber Ambedkar beim Grundstein!! Gewissermaßen als Ersatz wurde wenigstens eine zeitlich begrenzte Ausstellung über das Leben von Ambedkar eröffnet und ein Gedächtnisband der Ambedkar-Stiftung über Ambedkars Wirken der Öffentlichkeit übergeben.

(Quelle: The Hindu, 2.12.2003)

Dalit-Info Nr. 9 – Februar 2005

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD); Koordinator: Walter Hahn,

Kontaktadresse: Gänsheidestraße 83, 70186 Stuttgart, Tel.: 0711/24839540, Fax: 0711/24839550

e-mail: w.hahn@brot-fuer-die-welt.org

Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen.

Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.: 944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität – P.Müller.

Website: www.dalit.de

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, Caritas, Adivasi-Koordination, Evang. Studentengemeinde II Frankfurt, Ev. Missionswerk in Deutschland, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien und Niedersachsen, Missio Aachen, DESWOS, das Dritte Welt Haus Frankfurt, Andheri-Hilfe, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Indienhilfe Herrsching, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), das Ökumenische Zentrum in Frankfurt, Inkota, HEKS (Schweiz) und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor und EED als Beobachter

Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-„Bewegungen“ in Indien und für die Netzwerke aus anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentliche Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.